

Pressemitteilung

7. September 2016

S T I F T U N G
ZUKUNFTBERLIN

Organisatorische und finanzielle Konsequenzen für gesamtstädtische Steuerung von Verwaltungsabläufen absichern

Reaktion zum Organisationsgutachten für die Berliner Bürgerämter

Die gemeinsame Arbeitsgruppe der Stiftung Zukunft Berlin mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Neustrukturierung der Aufgabenerledigung zwischen Senat und Bezirken begrüßt das nunmehr vorliegende Ergebnis der Organisationuntersuchung der Berliner Bürgerämter.

„Die Untersuchung bestätigt nachdrücklich unsere Analyse, dass es in Berlin an einer gesamtstädtischen Steuerung von Verwaltungsabläufen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wie der Wirtschaft fehlt“, erklärte das Mitglied der Arbeitsgruppe Hartmut Bäumer, ehemaliger Ministerialdirektor und Amtschef eines Ministeriums. Die Tatsache, dass die Senatsverwaltungen für Finanzen und Inneres diese Untersuchung in Auftrag gegeben und gemeinsam mit Vertretern der Bezirke an ihr gearbeitet haben, bestärkt uns in der Hoffnung, dass die erkannten Defizite in der neuen Legislaturperiode endlich angegangen werden. Hierzu bedarf es unserer Ansicht nach konkreter Festlegungen, auch gesetzlicher Art, in der neuen Koalitionsvereinbarung. Die im Gutachten vorgeschlagene Arbeitsgruppe aus Vertretern des Senats und der Bezirke zur Umsetzung der Vorschläge reicht nach Ansicht der Arbeitsgruppe nicht aus, um sicherzustellen, dass nun tatsächlich der Erkenntnis die Umsetzung folgt.

„Wir erwarten die Absicherung der erforderlichen organisatorischen und personellen Konsequenzen im Haushalt als einen ersten Schritt hin auf die Realisierung der nun vorliegenden Vorschläge“, so Wolfgang Branoner, Verantwortlicher der Arbeitsgruppe. Der Standortnachteil „Verwaltungsservices“ muss dringend beendet werden.

Aus Sicht der Arbeitsgruppe lassen sich die Untersuchungsergebnisse auch auf andere Bereiche der Berliner Verwaltung übertragen. Dies gilt neben dem beanstandeten Steuerungs- und Koordinierungsdefizit bei den Bürgerämtern und den fehlenden einheitlichen Strukturen in den Bezirken ganz besonders auch für den Bereich der IT Ausstattung und Anwendung. Hier hat Berlin mit dem E-Government Gesetz eine wichtige Voraussetzung für einen zeitgemäßen Einsatz dieser zentralen Technologie geschaffen. Die Umsetzung steht nun in allen Bereichen, nicht nur in den Bürgerämtern, an.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch auf www.stiftungzukunftberlin.eu

Die **Stiftung Zukunft Berlin** ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung. Uns geht es um die Zukunft Berlins. Bürgerinnen und Bürger Berlins treiben mit der Stiftung Themen voran. Sie bringen ihre Erfahrungen, Netzwerke und Ideen im Vorfeld von politischen Entscheidungen und gegenüber der Öffentlichkeit ein. Ohne die Verantwortung der Politik in Frage zu stellen, wollen sie so ihre eigenen Beiträge zur Zukunft Berlins leisten.

Klingelhöferstraße 7
10785 Berlin

Pressekontakt

Ulrike Petzold
Tel. +49 30 26 39 229-10
Fax +49 30 26 39 229-22
petzold@stiftungzukunftberlin.eu

Stifter

Dieter Rosenkranz

Stiftungsrat

Markus Schächter (Vorsitzender)
Christine Bergmann (stellv. Vors.)
Henry Bren d'Amour
Jutta Croll
Andreas Gebhard
Thomas Risse
Thomas Rühle
Peter Schiwy
Reinhard Uppenkamp

Vorstand

Volker Hassemer (Vorsitzender)
Karin Kohler
Stefan Richter

Geschäftsführung

Ulrike Petzold

Initiativen

Aktive Hauptstadtregion
A Soul for Europe
Berliner Mitte
Cluster Kreativwirtschaft
Die Carusos
Die Europa-Rede
Forum Berlin
Forum Freundeskreise
Forum StadtSpree
Forum Zukunft Kultur
Gastfreundliches Berlin
Die Grüne Stadt
Hauptstadtfrage
Hauptstadt-Reden
House |
Kulturforum
Kulturbaustelle
KunstOrt
Kongressinitiative
Modell Rütli
Nachbarn in Europa
Sportmetropole Berlin
Stadt der Stiftungen
Städte für Europa
Stadtmanagement
Stadtstrategie
Wasser als besonderes Potenzial
Wissenschaftsstadt Berlin
Wohnen